

Inflation und Notgeld in Schiltach 1914–1923

Andreas Morgenstern

Am 1. August 1914 erklärte das Deutsche Reich Russland den Krieg. Wenige Tage später befand es sich auch mit seinen westlichen Nachbarn Frankreich, Belgien und Großbritannien im Kriegszustand. Doch, obwohl die meisten Militärstrategen die Länge und Intensität des Ersten Weltkriegs noch nicht absehen konnten oder wollten, war bereits frühzeitig klar, dass seine Finanzierung eine große Herausforderung darstellen würde. Die eigene Bevölkerung sollte so dem kriegführenden Staat Darlehen geben. Für dieses Vorhaben wurden bis 1918 u. a. neun Kriegsanleihen aufgelegt.

Die bis zu Kriegsausbruch weitgehend wertstabile Mark geriet rasch unter Druck. Bereits Anfang August 1914 endete die bis dahin gültige Goldsicherung der Währung, nun galten die vom eigenen Volk gegebenen Kriegsanleihen als ebenso sichere Wertsicherung.¹ Ihre spätere Rückzahlung sollten die nach einem gewonnenen Krieg eingehenden Reparationsleistungen der unterlegenen Gegner ermöglichen. Doch trotz aller Appelle fanden sich rasch Hinweise auf einen wirklichen Wertverfall der Mark. So teilte am 16. August 1915 das Badische Innenministerium mit: „Ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Preistreibereien ist auch der Verkauf von Gegenständen des täglichen Bedarfs durch die Gemeinden zu den Selbstkosten. (...) Da die derzeitige Teuerung dringend der Abhilfe bedarf, ist das Eingreifen der Gemeinden dankbar zu begrüßen.“² Neben diese Notmaßnahme trat die Festlegung von Höchstpreisen, um Güter des täglichen Bedarfs für breitere Bevölkerungsschichten bezahlbar zu halten. In Schiltach war der Kartoffelpreis bereits im November 1914 begrenzt.³ Im September 1915 entstanden schließlich Preisprüfungsstellen.⁴ Ursächlich für als „schwer empfundene Preissteigerungen zahlreicher Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens“⁵ war auch der Anstieg der Preise vieler Grundstoffe. Lebensmittelimporte fielen weitgehend aus, die Ernten gingen ohne ausreichende Pflege der Böden zurück.

Es verwundert kaum, dass das Misstrauen in der Bevölkerung wuchs. So musste der „Kinzigtäler“ schon am 10. Oktober 1914 zum Tausch vorhandener „harter“ Reserven gegen Papiergeld auffordern: „An sämtliche Kreise der Bevölkerung wird

hierdurch die dringende Bitte gerichtet, alle in ihrem Besitz befindlichen oder erreichbaren Goldmünzen und -barren durch Umwechslung in Papiergeld der Reichsbank zuzuführen. Die vielfach verbreitete Ansicht, Gold gewähre gegenüber den Reichsbanknoten und Reichskassenscheinen im Zahlungsverkehr irgendwelche Vorteile, ist irrig, denn diese Scheine sind in demselben Maße wie Gold gesetzliches Zahlungsmittel und müssen daher von jedermann in Zahlung genommen werden. Für den einzelnen ist deshalb die Aufspeicherung von Gold nutzlos, für unsere allgemeine finanzielle Wehrkraft aber bedeutet sie eine erhebliche Schädigung, denn sie verhindert die Ausgabe eines dreifach höheren Betrages an Reichsbanknoten. Die Sparkasse Wolfach erbotet sich zur Vermittlung des Umtauschs von Gold in Papiergeld.⁶ Für den Leser blieb nach dem Studium der Zeilen unklar, warum die „finanzielle Wehrkraft“ denn nun durch einen Umtausch wachsen würde, wenn es nicht doch Vorteile für Goldreserven gab. Die angesprochene Ausgabe eines dreifachen Markbetrags war geradezu ein Ausrufezeichen für die Aufblähung des Geldumlaufs.

Doch trotz dieses Widerspruchs brachten auch die Schiltacher Bürger im Kampf ihres Vaterlands neben den menschlichen auch große wirtschaftliche Opfer auf. Beeindruckende Zahlen noch zur neunten Kriegsanleihe des Herbstes 1918 zeigen das: Zu einer Veranstaltung am 21. September im Gartensaal des „Gasthauses zum Bahnhof“ teilte das Bezirksamt Wolfach förmlich mit: „Dass das Geld, das wiederum dem Reiche gegeben werden muss, neben guter Verzinsung als unbedingt sicher angelegt werden kann, das weiß heute jedermann.“ Auch dieses Versprechen steckte voller Widersprüche. Wenige Zeilen weiter oben mahnte der Aufruf zum „Kampf um Sein oder Nichtsein“.⁷ Wie sollten aber im negativen Fall die versprochene Rückzahlung, gar Gewinne erwirtschaftet werden? Dennoch, das Ziel von 350 000 Mark allein für Schiltach stand fest. Brachten es die Bürger nicht auf, bestand die vorgezeichnete Lösung in einem zusätzlichen Kredit der Stadtverwaltung, bevor sich „dann die Gemeinde bei den Gemeindevohnern um Bereitstellung der fragl. Mittel umsieht“. Die Verantwortung für den Erfolg des Unternehmens lag so allein bei den Schiltachern selbst. Tatsächlich waren am 2. November 1918, das deutsche Heer war kaum noch kampffähig zu diesem Zeitpunkt, schon 293 100 Mark zusammengekommen.⁸

Die Mark hatte da mit der seinerzeit als „Teuerung“ bezeichneten Inflation bereits einen Großteil ihres Werts verloren. Kostete ein US-Dollar zu Kriegsbeginn noch 4,20 Mark, musste man für ihn Ende 1918 bereits 8,90 Mark zahlen. Doch das



Werbung zur
Zeichnung der
9. Kriegsanleihe, 1918
– Stadt Schiltach

Geld war nicht nur weniger wert, es wurde auch tatsächlich knapp. Nachdem bereits 1915 „zur Deckung des Nickelbedarfs der Heeresverwaltung“ die 25-Pfennig-Stücke eingezogen worden waren,⁹ verschwanden Mitte 1919 die letzten Nickelmünzen aus dem Umlauf.¹⁰ Kriegsnotgeld aus Papier stellte in vielen Orten der Region die Lösung dar.¹¹ In notwendig hoher Auflage (30000 Stück) ließ die Stadt Schiltach 50-Pfennig-Notgeldscheine im Herbst 1918 drucken. Produziert von der Schramberger Druckerei „Gustav Maier“ entschuldigte diese den hohen Herstellungspreis von 520 Mark mit „außerordentlichen Löhnen und Farbpreisen“ und fügte an: „Im Frieden hat man’s wohl um den 10. Teil bekommen.“



Vorderseite des Schiltacher Notgeldscheins von 1918 – Stadt Schiltach

Die Kosten hierfür trug die Gemeinde selbst.¹² Dass diese Mangelsituation keine Augenblickssituation des Übergangs darstellte, zeigt ein Hinweis des Bezirksamts aus dem Mai 1920: „Durch die Verteuerung aller für die Münzprägung in Betracht kommenden Rohstoffe, sowie die Steigerung der Arbeitslöhne, Versandkosten usw. ist der Zustand geschaffen, daß ein und zwei Pfennigstücke, selbst wenn für sie das geringwertigste Metall oder ein anderer Stoff verwendet würde, nur zu Preisen hergestellt werden könnten, die ihren Nennwert bei weitem übersteigen.“¹³ Im Februar 1921 fügte das Bezirksamt an: „Wir empfehlen deshalb wiederholt, schon bei sämtlichen Zahlungsanweisungen die Pfennigbeträge aufzurunden.“¹⁴ Zum 1. Oktober 1921 verloren die Schiltacher Notgeldscheine ihren Wert.¹⁵ Doch insgesamt wuchs der Banknotenumlauf – allein vom Kriegsausbruch 1914 bis zum Dezember 1918 von 2,9 Milliarden auf 18,6 Milliarden Mark.¹⁶

Tatsächlich fiel und fiel der Wert der Mark. Bis 1918 hatte das Deutsche Reich insgesamt 160 Milliarden Goldmark zur Kriegsfinanzierung ausgegeben. Diese Summe war nun eine ungedeckte Staatsschuld. Zu ihr kamen noch die durch die Kriegsniederlage anfallenden Reparationszahlungen an die Sieger. Nun sollte Deutschland nicht nur selbst die Kriegskredite zurückzahlen, sondern auch noch Reparationen aufbringen.

Daneben fiel noch eine weitere Entwicklung auf, die den Wert der Mark fallen ließ: Um die Wirtschaft in Gang zu halten

und Investitionen zu fördern bzw. die Strukturreformen zurück zu einer Zivilwirtschaft zu befördern, betrieb die Reichsbank eine Politik des billigen Geldes. So sollten die Produktionskosten niedriger als in anderen Ländern gehalten und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft gestärkt werden. Tatsächlich hatte dies zunächst auch Erfolg. War Anfang 1919 zunächst die Arbeitslosenzahl gestiegen, lag sie in den folgenden Jahren niedriger als in den Siegerstaaten.

Der sicherlich wichtigste Grund für den raschen Wertverlust der Mark war aber fehlendes Vertrauen. Auf den Straßen vieler Städte herrschte Unruhe, immer wieder kam es in der Nachkriegsgesellschaft zu tödlichen Konflikten bis hin zu Morden, Putsch- und Revolutionsversuchen. Als 1920 der rechtskonservative Kapp-Lüttwitz-Putsch an einem Generalstreik der Arbeiter und Angestellten scheiterte, erholte sich der zwischenzeitlich auf 1:75 gefallene Kurs der Mark gegenüber dem US-Dollar auf 1:57, um 1921 nach der Ermordung des früheren Reichsfinanzministers Matthias Erzberger abzustürzen. Am Ende des Jahres 1921 kostete ein US-Dollar 217 Mark. Mitte 1922, nun war auch Außenminister Walter Rathenau ein Opfer nationalsozialistischer Mörder geworden, verlor die Reichsbank, die inzwischen ihre letzten Devisenreserven für Stützungskäufe aufgebraucht hatte, die letzten Reste Kontrolle über ihre Währung. In Deutschland herrschte Hyperinflation.¹⁷ Für die nächsten knapp eineinhalb Jahre schien die wichtigste Aufgabe der Reichsbank in der ständigen Produktion immer neuer Geldscheine mit immer höheren Nennwerten zu liegen.

Für die Menschen in Schiltach und anderswo hatte diese Entwicklung äußert schmerzhaft Folgen. Die Abgabepflicht von Nahrungsmitteln zum Festpreis offenbart über die Kriegs- und Nachkriegsjahre deutliche Preissteigerungen. Das bei Hausschlachtungen abzuliefernde Rohfett wurde im Frühjahr 1917 mit 2 Mark pro Pfund vergütet. Im November 1919 erhielten die Produzenten je nach Qualität 2,70 bis 5,40 Mark und am 4. März 1920 sechs bis 10,50 Mark.¹⁸ Den höheren Preis fraß die Inflation aber sofort wieder auf.

So gerieten die Preise und mit ihnen die Käufer immer stärker unter Druck. Für den Mai 1920 ist daher auch eine Schiltacher Protestversammlung gegen die stark wachsenden Brotpreise verzeichnet.¹⁹ Darüber hinaus zeugt aber auch ein weiteres Anliegen der Verbraucher von wachsender Preissensibilität. Obwohl bis dahin Preisausschilderungen in den Ladenfenstern nicht üblich waren und sich die Besitzer auch zunächst dagegen wehrten, waren sie im Mai 1920 ortsüblich geworden. Beschleunigt hat diesen Prozess aber wohl auch ein kurzfristig sinkendes

Preisniveau.²⁰ Aber endgültig 1922 waren Preissprünge keine Seltenheit mehr. Der staatlich festgelegte Milchpreis stieg so zwischen dem 22. Juli und dem 21. August 1922 von 7,50 Mark auf 10 Mark pro Liter,²¹ wobei der Preis noch nichts über die tatsächliche Verfügbarkeit aussagte. So musste Bürgermeister Wolpert am 2. August 1922 eingestehen, dass „das Gesamtergebnis unserer ernstlich genommenen Bemühungen, wieder Milch hereinzubekommen, uns also tatsächlich überall versagte“. Aus Württemberg holte sich die Stadtverwaltung nur Absagen und auch die badischen Nachbarn Lehengericht, Bergzell und Kinzigtal hielten sich weitgehend zurück. Hilfe kam „guttatsweise“ dafür aus Gengenbach.²² Der Grund für ausbleibende Lieferungen dürfte in dem dauernden Wertverlust der Mark gelegen haben, der den Verkauf eigener Produkte immer unattraktiver machte. So erklärten auf Schiltachs Drängen hin die Bürgermeister aus Kaltbrunn, Bergzell und Lehengericht: „Die Kuhhalter sind aber zu einer regelmäßigen Milchabgabe, außer durch gesetzlichen Zwang nicht mehr zu bewegen. Sie machen Gebrauch von ihrem Rechte des unbeschränkten Eigenverbrauchs der Milch und da bleibt zum Verkaufe keine Milch mehr übrig. (...) So muss eigentlich Schiltach noch um diese ungesetzliche Milchversorgung froh sein, da wenigstens auf diese Weise die Milchnot ganz wesentlich gemildert wird.“²³ Der Milchmangel sollte Schiltach noch über Jahre beschäftigen.

Preissteigerung und Mangel gingen Hand in Hand. So warnte Badens Landwirtschaftlicher Verein im Herbst 1922: „Der gegenwärtige Zentnerpreis [Saatkartoffeln; Anm. A. M.] ist 700–800 M je nach Sorte ab norddeutscher Stationen, bei Vorauszahlung. Der Preis ist jetzt zwar hoch, wird aber bis zum Frühjahr aller Voraussicht nach sehr gering erscheinen.“²⁴ Wer sich nicht rechtzeitig versorgte, für den wurden die nötigen Rohstoffe oft unerschwinglich.

Sichtbar wird dies an den beinahe wöchentlichen Preissteigerungen von Steinkohlebriketts, die bis Anfang 1923 von Rhein und Ruhr geliefert wurden. Nach einer Erhöhung – begründet mit der Erhöhung der Bergarbeiterlöhne – kostete der Zentner am 23. September 1921 29,30 Mark. Die Mitteilung über diesen neuen Preis versah das Bezirksamt Wolfach gleich noch mit dem Hinweis, „ab 1. Oktober d.Js. dürften nach Mitteilung der Bad. Landeskohlenstelle wohl nochmals neue Preise zu erwarten sein“²⁵. Die Preise stiegen schon vor der Zeit der Hyperinflation ständig. Die folgende Tabelle zeichnet die Preisentwicklung für einen Zentner Steinkohlebriketts, Lieferung direkt ab Waggon, nach:²⁶

23.09.1921	29,30 Mark
17.10.1921	30,70 Mark
09.12.1921	50,10 Mark
13.01.1922	48,55 Mark
28.02.1922	56,50 Mark
01.03.1922	74,30 Mark
20.04.1922	104,90 Mark
01.06.1922	128,10 Mark
01.08.1922	224,60 Mark
01.10.1922	708,70 Mark
16.11.1922	2121 Mark
12.01.1923	5 479 Mark
15.02.1923	13 141 Mark

Im Februar 1923 endete durch den „Ruhrkampf“ die Lieferung von Ruhrkohle. An dessen Stelle sollte Braunkohle aus dem mitteldeutschen Revier treten. Doch rasch erreichte Schiltachs Bürgermeisteramt eine bemerkenswerte Nachricht der Landeskohlenstelle. Nicht nur, dass Mitteldeutschland überfordert sei, als Lösung galt: „Als einziger Ausweg bleibt englische Kohle. So schmerzlich auch bei dem niedrigen Stand der Mark der Bezug dieser Kohlen wird, so müssen trotzdem Industrie und Hausbrand die hohen Kosten auf sich nehmen (...) Der englische Markt ist augenblicklich mit deutschen Aufträgen überhäuft. (...) Zum Schluss möchten wir noch bemerken, dass unsere Ausführungen nicht für die Presse bestimmt sind.“²⁷ Auf den früheren Gegner, der ja auch noch verbündet war mit dem aktuellen Kontrahenten im „Ruhrkampf“, angewiesen zu sein, durfte nicht öffentlich werden. Doch auch der Preis für die Braunkohle explodierte in den folgenden Wochen. Im August 1923 riss der Zentner Brikett die Millionengrenze, drei Wochen später hatte er sich noch einmalfünffacht.²⁸ Konnte man an Wärme noch sparen – gerade nach dem Ersten Weltkrieg mit seiner Herabregulierung der Temperaturen zur Rohstoffersparnis war dies eine verbreitete Erfahrung –, musste das beim Brotpreis noch mehr die Existenz gefährdende Folgen haben. Der Verbraucherpreis für ein Pfund Weizenmehl wuchs bereits in den drei Jahren von September 1917 bis Juli 1920 von 24

Pfennig auf 1,40 Mark, wobei der Preis im Juni 1920 mit 1,75 Mark seinen Höchststand erreicht hatte. Parallel zum Weizenpreis stieg auch der Brotpreis trotz staatlicher Preisfestlegung. Die erwähnten Proteste sind so nachvollziehbar.

Kosten für ein Dreipfünder-Brot während der Inflation:²⁹

12.09.1917	60 Pfennig
23.08.1918	80 Pfennig
01.08.1919	75 Pfennig
29.10.1919	1 Mark
01.01.1920	1,70 Mark
28.06.1920	4 Mark
02.01.1921	3,60 Mark
01.09.1921	5,20 Mark
02.06.1922	11 Mark
04.06.1923	1 650 Mark
19.07.1923	6 800 Mark
25.08.1923	50 000 Mark
03.09.1923	220 000 Mark
17.09.1923	1,7 Mio. Mark
01.10.1923	10 Mio. Mark
08.10.1923	24 Mio. Mark

Natürlich mussten in dieser Situation auch die Löhne explodieren. Der „Ortslohn“ wurde auch für Schiltach ständig neu festgelegt. Betrug er am 15. März 1923 2500 Mark für einen männlichen Arbeiter pro Tag (bei Frauen betrug der „Ortslohn“ lediglich 1750 Mark), so stieg er am 1. Juli 1923 auf 10000 bzw. 7000 Mark. Anfang Oktober verdiente ein männlicher Schiltacher Arbeiter schließlich neun Millionen Mark pro Tag.³⁰

Der Arbeitslohn konnte so ungefähr mit den explodierenden Preisen mithalten. Wer tatsächlich tagesaktuell seinen Verdienst auszugeben vermochte, konnte seinen täglichen Nahrungsbedarf gerade so decken. Voraussetzung hierfür war aber, dass die entsprechenden Waren auch verfügbar waren – was aber immer seltener der Fall gewesen sein dürfte.

Ein Blick auf die Lebenssituation der Schiltacher in der Inflationszeit kann aber nicht über die Betrachtung der Erwerbslosen hinweggehen. Bereits 1918 hatte es Massenentlassungen gegeben. So verlor Christian Bühler aus Schiltach seine Arbeit im Schramberger Junghans-Werk schon mit Kriegsende. Die knappe Begründung des Unternehmens: „Die gegenwärtige Lage, verursacht durch teilweisen Materialmangel und demnächst zu befürchtenden Kohlenmangel, zwingt uns zu weitgehendsten Betriebseinschränkungen und sehen wir uns leider veranlasst, Ihnen hiermit unser gegenwärtiges Arbeitsverhältnis auf 27. November 1918 zu kündigen.

In Anbetracht der in den allernächsten Tagen zu erwartenden Bahnsperre für Zivilpersonen würden wir uns mit einem sofortigen Austritt einverstanden erklären. Bei sofortigem Austritt wird die Heimreise von der Firma vergütet.“³¹ Im Frühjahr 1919 vermeldete die Textilfirma „Karlin“ „wegen Rohstoffmangels“ Kurzarbeit für 39 Schiltacher und Lehengerichter.³² Ein ähnliches Schicksal traf auch zahlreiche Arbeiter anderer Unternehmen. Doch auch die nun folgende Arbeitslosenunterstützung war zeitlich begrenzt. Die Folgen trafen u. a. Regina Bächle 1919, der das Bezirksamt Wolfach auf deren Antrag mitteilte, sie werde „infolge des erlittenen Unfalls bei der Firma Carlin & Cie keine Beschäftigung mehr finden. Da Sie hiernach nicht infolge des Krieges erwerbslos sind, kann Ihnen auch Erwerbslosenunterstützung nicht mehr bezahlt werden. Wir bedauern daher Ihrem Antrage eine weitere Folge nicht geben zu können. Wir müssen es Ihnen überlassen, sich eine Ihren Kräften entsprechende anderweitige Beschäftigung zu suchen.“³³ Regina Bächle dürfte nun auf die Armenfürsorge angewiesen gewesen sein. Ein anderes Beispiel für die harten Lebensbedingungen findet sich in einem Schreiben aus dem Dezember 1921. Darin teilte das Bezirksamt mit: „mit Rücksicht darauf, daß die Kriegswitwe Frieda König nach dortigem Bericht seit November 1921 Fabrikarbeiterin ist, jetzt also im Erwerbsleben steht, werden die Zahlungen der monatl. Teuerungszuschüsse vom 1. Dezember ab eingestellt.“³⁴ Selbst für Kriegsoffer galten Sozialleistungen nur unter Vorbehalt.

In der Höhe der Unterstützungsleistungen war Schiltach der dritthöchsten Ortsklasse C zugeordnet. Zwar stiegen auch diese, hielten aber noch weniger als die Arbeitslöhne Schritt mit den Preissteigerungen, insbesondere wegen ihrer zeitverzögerten Berechnung. Orientiert waren sie lange Zeit allein an vergangenen Erhöhungen des Preisniveaus, glichen damit aber die im Bezugszeitraum weiteren Preissteigerungen nicht aus. Ein männlicher Arbeitsloser über 21 Jahre erhielt am 4. Juni

1923 eine Wochenstütze von 4300 Mark. Hinzu kam für einen Ehegatten 3800 Mark. Doch allein ein Brot kostete in dieser Woche 1650 Mark. Zwischen Mitte 1922 und Mitte 1923 sollte sich die Relation zwischen Erwerbslosenunterstützung und Brotpreis um ca. 25 Prozent verschlechtern, bis sie sich danach wieder etwas stabilisierte. Beachten muss man dabei, dass sich nur Preisverzeichnisse für solche Waren erhalten haben, die der staatlichen Preiskontrolle unterlagen – andere Preise dürften noch schneller gestiegen sein.

Zur Verminderung der schlimmsten Not wurde am 7. August die Wartezeit auf Unterstützung von einer Woche auf drei Tage verkürzt. Im Oktober 1923 sah Baden sich gezwungen, zur Berechnung nicht nur vergangene Teuerungen, sondern auch die voraussehbaren der folgenden Tage einzubeziehen.³⁵ Das Berechnungsverfahren selbst war zur Vereinfachung bereits am 18. August an den Lebenshaltungskostenindex gebunden worden. Geholfen hat das alles letztlich nichts. Als Zeugnis der Machtlosigkeit gegenüber den unüberblickbar explodierenden Preisen kann eine Anordnung angesehen werden, die das Bürgermeisteramt im November 1923 erhielt: „Aufgrund telegrafischer Anordnung des Herrn Reichsarbeitsministers vom 4. November 1923 sind für die Woche vom 5. bis 10. November 1923 Vorschüsse auf die Erwerbslosenunterstützung in dreifacher Höhe der vorstehenden Sätze auf beschleunigtem Wege zur Auszahlung zu bringen.“³⁶ Die Erwerbslosensätze waren spätestens jetzt zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung bereits völlig veraltet. Eine letzte Zahl verbildlicht die gigantischen Summen, mit denen die Menschen damals umzugehen hatten: Nachweislich gab die Stadt Schiltach allein im November 1923 an Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld 115,274 Billionen Mark aus.³⁷ Ein Sechstel dieser Summe trug die Stadt selbst.

Die gigantischen Zahlenwerte für sich sagen aber noch wenig über die Lebenssituation der Schiltacher während der Inflation aus. Doch gerade für den Herbst 1923 haben sich in Schiltachs Stadtarchiv zahlreiche Belege für das vielfache Leid erhalten. Ein früher Hinweis auf die Folgen der Teuerung 1923 findet sich an einer Stelle, mit der zunächst nicht zu rechnen ist: einer Petition von Schiltacher Hausbesitzern, welche sich gegen den „unhaltbaren Zustand im Mietswesen“ zur Wehr setzten. Ihre Begründung beschreibt die Folge von Preisfestsetzungen, die einerseits soziale Sicherheit bei den Mietern begründen sollten, andererseits in dieser ungewöhnlichen Situation die alleinige Last den Vermietern zuschoben³⁸: „Eine Dreizimmerwohnung in hiesiger Stadt trug dem Hausbesitzer in der Vorkriegszeit im Durchschnitt M 15,- pro Monat ein.

Diese Einnahme gestatteten dem Hausbesitzer die erforderlichen Reparaturen in der vermieteten Wohnung vorzunehmen, Brand- und Gebäudeversicherung, Steuern und Amortisation des Hauses zu tragen. (...) Der heute geltende, festgesetzte Mietsatz für vorgenannte Wohnung, beträgt durchschnittlich M 200,- bis M 260,- per Monat, was einem Arbeitsverdienst des Mieters von ca. 20 Minuten entspricht. Diese, für die heutigen Zeitverhältnisse der degenerierten wirtschaftlichen Lage Deutschlands, lächerlich geringe, vom Mieter zu entrichtende Miete, macht es naturgemäß dem Hausbesitzer einfach unmöglich, bei den rapid gestiegenen Materialpreisen, auch nur die kleinste Reparatur in der vermieteten Wohnung vorzunehmen“.³⁹ Das wirtschaftliche Gleichgewicht war völlig aus den Fugen geraten. Neben einer Anpassung der Mietsätze erwarteten die Vermieter verbilligtes Bauholz von der Stadt. Seit Jahren herrschende staatliche Verordnungen wurden also inzwischen von allen Seiten als notwendig angesehen. Doch mag man fragen, woher eine Verwaltung Unterstützung leisten sollte, wenn sie jegliche Planungssicherheit verlor. Der Offenburger Kreisrat teilte am 30. August 1923 dem Bürgermeisteramt mit, „dass der Kreisausschuß mit Rücksicht auf die Folgen der inzwischen in erheblicher Weise weiter fortschreitenden Geldentwertung heute leider beschließen musste, anstatt 9900% jährlich 99900% Zuschläge zu den im Jahr 1923 zu leistenden gesetzlichen Kreissteuer-Vorauszahlungen zu erheben, sodaß nunmehr im Ganzen der tausendfache Betrag der für das Jahr 1922 erhobenen Kreissteuer zu erheben ist.“⁴⁰ Im Oktober stiegen die Zuschläge gar auf schier unglaubliche 495 Millionen Prozent, wobei die Mehreinnahmen dennoch keine Beruhigung brachten, da die geforderten Zahlungen aus den Gemeinden zumeist gar nicht erst eingingen. Zugleich musste der Kreisrat mitteilen, seine „trotzlose Finanzlage“ erzwingen „alle Leistungen auf dem Gebiete der freiwilligen Armenpflege bis auf weiteres einzustellen“.⁴¹

Im Kinzigtal blieben Krawalle der sprichwörtlich „hungernen Millionäre“ im Unterschied zu stärker städtisch geprägten Regionen weitgehend aus. Die Gründe hierfür dürften aber nicht etwa in einer ausreichenden Versorgung zu suchen sein. Diese gestaltete sich vielfach trostlos. Am 12. September protestierte Bürgermeister Wolpert gegenüber der Zuckerverteilstelle: „Der von den Zuckerfabriken auf 3200000 M festgesetzte Verkaufspreis für das Pfund August-Zucker erscheint im Hinblick auf die von der Verbraucherschaft im Voraus geleistete Anzahlung unerhört, so dass sich ein Teil der hiesigen Kaufmannschaft geweigert hat, diesen Preis der Kundschaft zu

fordern.⁴² Eine Woche früher forderte der gewerkschaftliche Ortsverband die „Bereitstellung von größeren Geldmitteln zum *sofortigen* Einkauf von Lebensmitteln“, vor allem, „um der größten Not während des Winters entgegen treten zu können“⁴³. Die auf den Winter blickende Voraussicht der Gewerkschaft muss dabei schon beinahe überraschen, herrschte doch spätestens im Spätsommer akute Versorgungsnot. In der Folge sah sich das Bezirksamt gezwungen, den überregionalen Lebensmittelhandel zu verbieten: „Die Lebensmittelnot hat auch in unserem Bezirke das höchste bisher beobachtete Mass erreicht. Umso berechtigter erscheint daher die Empörung der Arbeiterschaft und andern Verbraucher, wenn sie sehen müssen, dass die in unserm gebirgigen Bezirke ohnehin spärlich aufkommenden Erzeugnisse der Landwirtschaft von Bezirksfremden aufgekauft werden. (...) Händler, die ungeachtet der Not des Bezirkes Lebensmittel nach ausserhalb liefern müsste die Handelserlaubnis entzogen werden.“⁴⁴ Die Information war insbesondere an die verbliebenen Kurgäste gerichtet. Nun mag es als Unrecht erscheinen, wenn Versorgungsversuche aus anderen, vielleicht noch schlechter gestellten Regionen so rigoros bekämpft wurden, doch herrschte in dieser Situation wohl in der Tat existenzielle Not. Zahlreiche Grundstoffe mussten in das vor allem für den Feldanbau topographisch schwierige Kinzigtal gebracht werden, um den täglichen Lebensmittelbedarf decken zu können. Die vielfache Bewirtschaftung von Getreide usw. konnte in dieser Notsituation kaum zu einer spürbaren Entspannung beitragen.

Auf Initiative des örtlichen Gewerkschaftskartells entstand am 1. Oktober 1923 erneut eine Preisprüfungsstelle in Schilf-tach.⁴⁵ Neben drohenden Preissteigerungen beschäftigte sie sich mit praktischen Erleichterungen des Einkaufs. Dank ihres Engagements kehrten die zwischenzeitlich verschwundenen Preisauszeichnungen⁴⁶ an den Verkaufsräumen zurück.⁴⁷ Ein weiterer Wunsch war die Ausdehnung der Öffnungszeiten. Nicht zuletzt verlangte im Einklang mit den Verbrauchern im November Bürgermeister Wolpert, „dass Papiergeld bis zur staatlichen Ausserkraftsetzung desselben als öffentliches Zahlungsmittel im Kleinhandel unbeanstandet anzunehmen ist. Ebenso ist die Rabattgewährung bei Bezahlung mit wertbeständigen Zahlungsmitteln [auf Dollar, Gold oder Rohstoffen fußendes Geld, Anm. A. M.] verboten.“⁴⁸

Jenseits des beschriebenen Leids und der Nöte der Bevölkerung bereitete die Inflation aber auch technische Schwierigkeiten. Verlor das Geld ständig innerhalb weniger Tage seinen Wert, mussten dauernd neue Scheine gedruckt werden. Für die

Produktion immer neuer Geldscheine nahm die Reichsbank einen Großteil der Druckkapazitäten in Beschlag. Im Herbst 1923 erfüllten 132 Druckereien mit 1723 Druckpressen reichsweit Aufträge der Reichsbank.⁴⁹ Doch die frisch gedruckten Scheine, zunehmend nur noch einseitig oder gar nur mit

*Beide Seiten des
1-Million-Mark-
Scheins der Städte
Haslach, Hausach,
Schiltach und Wolfach
– Stadt Schiltach*





Beide Seiten des
50-Milliarden-Mark-
Scheins der Städte
Haslach, Hausach,
Schiltach und Wolfach
– Stadt Schiltach

einem neuen Aufdruck versehene nicht zur Ausgabe gekommene Geldscheine, mussten dann noch ins Land gebracht werden. Das schwer geprüfte Deutsche Reich war überfordert. Für zahlreiche Städte und Gemeinden bestand die zumindest zwischenzeitliche Lösung in der Herausgabe eigener Geldscheine. Die Entscheidung für diesen ungewöhnlich erscheinenden Schritt war damals nicht so fern liegend. Einerseits hatte die Reichsbank mit ihrer Politik Vertrauen eingebüßt, andererseits hatten viele Kommunen bereits in der direkten Nachkriegszeit mit Notgeld erste Erfahrungen gemacht. Aus zahlreichen Gemeinden finden sich Belege über eigenes Notgeld, teilweise wurde dies auch bereits ausführlich beschrieben.⁵⁰ Kommunales Not-

geld war so üblich geworden, dass bereits am 5. November 1922 die Mitteilung erging, der „badische Finanzminister hat Weisung gegeben, dass das von den badischen Städten und Gemeinden bis jetzt ausgegebene und demnächst weiter zur Ausgabe kommende Notgeld im ganzen Lande von allen badischen Staatskassen angenommen wird“⁵¹. 1923 wurde Notgeld schließlich auch für Schiltach eine nötige Alternative. Der Notgeld-Begriff ist aber sehr schillernd – was genau darunter zu verstehen sei, ließ das Badische Innenministerium im Sommer 1923 die Gemeinden für deren weitere Organisation im Inflationschaos wissen: „Notgeld im Sinne des Gesetzes sind auch Marken, Münzen, Scheine oder sonstige Urkunden, die auf einen Geldbetrag lauten und im Zahlungsverkehr als Ersatz für das vom Reiche, der Reichsbank oder der privaten Notenbanken ausgegebene Geld verwendet werden. (...) Privaten Unternehmungen kann die Genehmigung zur Ausgabe von Notgeld, Gutscheinen u. dergl. nicht mehr erteilt werden; wo ein dringendes Bedürfnis nach Ausgabe von Ersatzzahlungsmitteln besteht, ist es Sache der beteiligten Gemeinden entsprechende Anträge zu stellen.“⁵² Dass diese Regelung in der Realität dann nicht so eintraf, wird die weitere Beschreibung noch zeigen.



Zunächst erschien am 18. August 1923 die Schiltacher Million. Die „Gutscheine“ wurden gemeinsam ausgestellt von den Städten Haslach, Hausach, Schiltach und Wolfach. Mit ihren Unterschriften bürgten die Bürgermeister. Im Unterschied zu zahlreichen anderen Geldscheinen der Zeit war dieser sogar noch beidseitig bedruckt. Auf der Rückseite erschienen die vier Wappen der Kinzigalstädte. „Fälschungssicherungen“ und zugleich wohl auch ein Versprechen an die Glaubwürdigkeit der Scheine waren die Stempel, jeweils von einer der vier Städte auf der Rückseite, Wasserzeichen im Papier und vorn eine aufgedruckte Nummer. Auffällig ist an den Scheinen auch die hohe Papierqualität – für die damalige Zeit war das nicht typisch. Eine Kleinigkeit deutet den Zeitdruck an, unter dem die damalige Geldproduktion gelitten haben muss: Die Städte versprachen den „Gutschein“ bei den Stadtkassen einzulösen, als Verrechnung oder aber „in baar“. Die fehlerhafte Rechtschreibung scheint vor dem Druck unbemerkt geblieben zu sein. Oder sollte gar bewusst an die „gute, alte Zeit“ angeknüpft werden, als vor dem Duden die Schreibweise „bar“ bzw. „baar“ noch umstritten war?⁵³ Abgesichert wurde das eigene Geld durch ein Notgelddepotkonto bei der Badischen Bank, eingerichtet über 15 Milliarden Mark – den Gesamtwert der von Schiltach ausgegebenen Scheine.

Über die Million ging die Inflation jedoch rasch hinweg. Die beschriebenen Preissteigerungen erzwangen immer wieder den Druck neuer Geldscheine – versehen mit immer höheren Nennwerten. Am 1. November gaben die Städte dann schon gemeinsam Geld in Werten von 20 Milliarden, 50 Milliarden, 500 Milliarden heraus. Die Rückseite war nicht mehr bedruckt, sondern lediglich gestempelt, die Stadtwappen waren nun auf

*Einzig bedruckte Seite
des 1-Billion-Mark-
Scheins der Städte
Haslach, Hausach,
Schiltach, Wolfach
und Gengenbach –
Stadt Schiltach*

der Vorderseite untergebracht. Auffällig ist aber auch, dass die Zahl der ausgegebenen Geldmittel nach einer zeitnahen Aufstellung deutlich zurückging. War der Millionen-Schein für Schiltach noch 15000-mal gedruckt worden, verringerte sich die Zahl auf 2540 (20 Milliarden), 2000 (50 Milliarden) und sogar nur 350 Stück (500 Milliarden).⁵⁴ Die Geldspirale hatte damit aber noch nicht ihr Ende gefunden. Den höchsten Nennwert sollte am 15. November eine Eine-Billion-Note haben. Zu den bisherigen vier herausgebenden Gemeinden gesellte sich nun noch Gengenbach. Der Schein unterschied sich von seinen „Vorgängern“ insbesondere in einem kleineren Format und einer minderen Druckqualität. Mitte November, als in Berlin mit einem Währungsschnitt die neue Rentenmark (Umtauschkurs der Rentenmark zur bisherigen Mark 1:4,2 Billionen) zur Beendigung der Inflation eingeführt wurde, ließ Schiltach diese letzte Notgeldnote 1500-mal drucken.

Wenige Tage später schlug mit der Rentenmark bereits die letzte Stunde für das lokale Geld. Am 24. November mahnte das Innenministerium: „Nachdem der Mangel an Zahlungsmitteln beseitigt ist und die Reichsbank die Annahme von Gemeinde-Notgeld an ihren Schaltern eingestellt hat, muss zur Vermeidung von Schwierigkeiten im Zahlungsverkehr das ausgegebene Papiernotgeld raschestens aus dem Verkehr gezogen werden. Ich ersuche daher, dieses Notgeld umgehend zur Heimzahlung bis spätestens 15. Dezember 1923 aufzurufen.“⁵⁵ Ganz so schnell ging es aber dann doch nicht. Am 11. Dezember forderte Bürgermeister Wolpert gegenüber den ortsansässigen

*Einzig bedruckte Seite
des 10-Milliarden-
Mark-Scheins der
Firma Karlin – Stadt
Schiltach*



gen Händlern, die Annahme noch über Weihnachten zuzulassen.⁵⁶ Anfang 1924 endete die Nutzung des lokalen Gelds jedenfalls in Schiltach. Der Großteil wurde im Anschluss vernichtet, wobei sich in zahlreichen Haushalten auch heute noch erstaunliche Bestände finden.

Erhalten hat sich aber auch eine Vielzahl von Belegen für Geldscheine privater Unternehmen. Für Schiltach ist hier die Textilfirma „Karlin“ aus Lehengericht zu nennen. Der Zehn-Milliarden-Schein versprach keine Absicherung über die Stadtkassen, sondern verwies auf private Banken, in diesem Fall auf die Vereinsbank Schiltach. Der graphisch beinahe identisch gestaltete Zehn-Milliarden-Schein der Schramberger Firma „Junghans“ wies auf die dortige „Bankkommandite Blum & Co.“ hin. Gemein ist beiden Scheinen neben der Herkunft aus der Druckerei „Gustav Maier“ in Schramberg auch der fehlende Druck auf der Rückseite sowie die Unterschriften, gestempelt auf die Noten. Einen staatlichen Vertrauensschutz besaß dieses Geld nicht und dürfte so ebenso rasch wie das kommunale Notgeld vom Markt verschwunden sein. Seine Existenz an sich, entgegen der erwähnten Erklärung des Badischen Innenministeriums, zeugt aber von der schwindenden Entscheidungsgewalt auswärtiger Instanzen während der Notsituation 1923.

Mit dem Ende der Inflation waren viele Ursachen der wirtschaftlichen Schwäche im Land nicht gelöst. Zwar sorgte die Rentenmark für Währungsstabilität, der Umtauschkurs ent eignete jedoch die Sparer ihrer zumindest theoretisch noch bestehenden Vermögen. Das Deutsche Reich entledigte sich hingegen seiner Inlandsschulden. Aus den 156 Milliarden Mark Staatsschuld der Kriegsanleihen waren so praktisch über Nacht 0,156 Rentenmark geworden. Die Kriegsreparationen waren in wertbeständigen Goldmark zu zahlen und damit von der Inflation nicht betroffen.

Das geringste Problem der neuen Zeit war, dass die Stadtverwaltungen zunächst keine Grundlage für Steuerbemessungen mehr hatten⁵⁷ und so für eine gewisse Unberechenbarkeit sorgten. Dafür verband sich mit der Währungsstabilisierung auch ein umfassender Stellenabbau im Öffentlichen Dienst, der vielen Menschen nicht nur den Arbeitsplatz kostete, sondern ihnen auch die Perspektive nahm. Erfolglos blieb so auch die Bewerbung um freiberufliche Beschäftigung eines Rechnungsbeamten aus Neustadt/Schw., der trotz seines vormaligen Beamtenstatus „keine Aussicht mehr [sah], in den nächsten Jahren wieder eine Anstellung im Gemeindedienst zu erhalten“.⁵⁸ Wer nur teilzeitbeschäftigt war, erhielt im Entlassungsfall nicht einmal eine Abfindung.⁵⁹

Aber natürlich hatte auch die Wirtschaft gelitten. Im Februar 1924 bat die Tuchfirma „Korndörfer“ um eine Senkung der Gemeindeumlage. Die Begründung: Das „letzte Geschäftsjahr [war] für mich verlustbringend. Bei Aufstellung der vorgeschriebenen Goldmarkbilanz per 31. Dezember 1923 ergibt sich im Vergleich zum Geschäftsvermögen am 31. Dezember 1913 eine Kapitalentwertung von rund M 70000,-, was einer Verminderung von 30% gleichkommt.“ Und auch 1924 sei es nicht besser geworden. Im Januar hätten die gesamten Betriebseinnahmen die Ausgaben um lediglich 70 Mark überstiegen. Im November beklagte Korndörfer die „gegenwärtige ganz aussergewöhnlich schlechte Geschäftslage“. Noch 1926 fanden die Klagen kein Ende.⁶⁰ Wie Korndörfer ging es vielen Unternehmern.

Aber auch die Nahrungsmittelversorgung besserte sich nicht rasch. 1924 war Schiltach u. a. auf „Schweizermilch“⁶¹ und verbilligte Milchangebote für notleidende Familien angewiesen.⁶² Die Verlierer der Inflation waren zahlreich. Zu den praktisch enteigneten Sparern – dabei hatte mancher jahrelang eine Aussteuer zusammengespart und stand nun vor den Trümmern der eigenen Lebensplanung –, gehörte dabei vor allem das Vertrauen in die den Alltag umfassenden Strukturen. Vielen Handeltreibenden wurde in Unwissenheit der tatsächlichen Hintergründe die Verantwortung für den Preisauftrieb zugeschoben. Der Begriff der „Teuerung“ zeigt schon an, wem vielfach die Verantwortung für die Preissprünge zugeschrieben wurde. Eine neue Käufer-Verkäufer-Beziehung musste sich erst wieder entwickeln. Blieb sie aus, behinderte das die Wiederentfaltung des Handels.

Der größte Verlierer an Vertrauen war aber sicherlich die Weimarer Republik, die, so die Meinung vieler Menschen, eine Geldentwertung zugelassen hatte, die im Kaiserreich mit seiner Vorkriegspreisstabilität nie eingetreten wäre. Dass aber die Inflation bereits 1914 Fahrt aufgenommen hatte und in der Finanzierung des Kriegs durch eine ungedeckte Verschuldung die Wurzel des späteren Währungszusammenbruchs lag, nahmen die Menschen nicht wahr. Die innerstaatliche Entschuldung der Republik kostete so einen hohen moralischen Preis. Der Währungsschnitt selbst war aber wohl eine insgesamt notwendige Entscheidung am Ende einer neunjährigen Währungsentwertung.

Nachwirkungen der Ereignisse vor so vielen Jahrzehnten lassen sich aber noch heute nachspüren. Tief hat sich in das deutsche Kollektivbewusstsein Angst vor dem Verlust aller Ersparnisse und aller wirtschaftlichen Sicherheiten eingegraben.

Preisstabilität hat so bis in unsere Tage einen wohl etwas höheren Wert als in anderen Ländern.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Taylor, Frederick: Inflation, München 2013, 26
- 2 Badisches Innenministerium über Bezirksamt Wolfach an das Bürgermeisteramt Schiltach, 16.08.1915, Stadtarchiv Schiltach (künftig: StA Schiltach), AS-1410
- 3 Protokoll des Gemeinderats Schiltach, 18.11.1914, StA Schiltach, 413
- 4 Bezirksamt Wolfach an das Bürgermeisteramt Schiltach, 05.11.1915, StA Schiltach, AS-1410
- 5 Ebd.
- 6 Der Kinzigtäler vom 10.10.1914
- 7 Aufruf des Bezirksamt Wolfach für die 9. Kriegsanleihe, o. D., StA Schiltach, AS-1841
- 8 Stand der Sammlung zur 9. Kriegsanleihe in Schiltach, 02.11.1918, StA Schiltach, AS-1841
- 9 Badisches Innenministerium an Bürgermeisteramt Schiltach, 26.07.1915, StA Schiltach, AS-2167
- 10 Zwischen 1914 und 1919 sank der Wert der im Umlauf befindlichen Münzen von 2,8 Milliarden Mark auf 108 Millionen Mark. 1921 erholte er sich auf 466 Millionen Mark. Vgl. Holtfrerich, Carl-Ludwig: Die deutsche Inflation 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin/New York 1989, 48
- 11 Im Februar 1919 warnte die Reichsbank gar vor einer Weitergabe von Notgeldscheinen an Sammler: „Bei der Mannigfaltigkeit der jetzt umlaufenden Geldzeichen entzieht es sich vielfach der Kenntnis des Publikums, ob die Scheine noch Gültigkeit besitzen“, StA Schiltach, AS-1183; in Offenburg gab es bereits 1914 erstes Notgeld. Vgl. Kähni, Otto: Das Ritterhaus-Museum der Stadt Offenburg, in: Die Ortenau 50 (1970), 151–179, hier 170
- 12 Angebot der Druckerei Gustav Maier, Schramberg an das Bürgermeisteramt Schiltach, 02.10.1918, StA Schiltach, AS-1183
- 13 Bezirksamt Wolfach an Bürgermeisteramt Schiltach, 11.05.1920, StA Schiltach, AS-2167
- 14 Bezirksamt Wolfach an Bürgermeisteramt Schiltach, 03.02.1921, StA Schiltach, AS-2167
- 15 Aushang des Bürgermeisteramts Schiltach, 05.08.1921, StA Schiltach, AS-1183
- 16 Vgl. Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933, Bonn 2010, 166
- 17 Je nach Ausmaß einer Inflation wird von einer schleichenden Inflation (Preissteigerungen von bis 10 Prozent pro Jahr), trabenden (10–50 Prozent), galoppierenden (über 50 Prozent) und Hyperinflation (50 Prozent pro Monat) gesprochen. Vgl. Holtfrerich, Carl-Ludwig: Die deutsche Inflation 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin/New York 1989
- 18 Rohfettübernahme-Preise, 04.03.1917/24.11.1919/04.03.1920, StA Schiltach, AS-1835
- 19 Bürgermeisteramt Schiltach an die ortsansässigen Bäcker, 20.05.1920, StA Schiltach, AS-1886
- 20 Vgl. Schiltacher Kaufleute an das Bürgermeisteramt Schiltach, 19.05.1920 und Erklärung des Bürgermeisteramts, 07.06.1920, StA Schiltach, AS-1886
- 21 1920 muss der Preis noch zwischen ein und zwei Mark pro Liter betragen haben. Vgl. Bürgermeisteramt Schiltach an Gewerkschaftskartell Schiltach, 03.07.1920, StA Schiltach, AS-1886
- 22 Erklärung des Schiltacher Bürgermeisters an den Oberamtmann, 02.08.1922, StA Schiltach, AS-1873
- 23 Erklärung der Bürgermeister von Kaltbrunn, Bergzell und Lehengericht an den Bürgermeister von Schiltach, 21.08.1922, StA Schiltach, AS-1873
- 24 Bad. Landwirtschaftlicher Verein an Bürgermeisteramt Schiltach, 18.10.1922, StA Schiltach, AS-1625
- 25 Bezirksamt Wolfach an Bürgermeisteramt Schiltach, 23.09.1922, StA Schiltach, AS-1405
- 26 Die Zusammenstellung der Preisentwicklung nach StA Schiltach, AS-1405
- 27 Landeskohlenstelle Baden an Bürgermeisteramt Schiltach, 23.02.1923, StA Schiltach, AS-1405
- 28 Vgl. Mitteilung über die Preisfestlegung des Bezirksamts Wolfach an Bürgermeisteramt Schiltach, 20.08./10.09.1923, StA Schiltach, AS-1405

- 29 Preisfestlegungen von Bezirksamt Wolfach an Bürgermeisteramt Schiltach, 1917–1923, StA Schiltach, AS-1853
- 30 Die Zusammenstellung der „Ortslöhne“ nach StA Schiltach, AS-2318
- 31 Kündigungsschreiben für Christian Bühler, 18.11.1918, StA Schiltach, AS-2357
- 32 Firma Karlin & Co. an Erwerbslosenfürsorge Lehengericht, 08.05.1919, StA Schiltach, AS-2357
- 33 Bezirksamt Wolfach an Regina Bächle, 09.05.1919, StA Schiltach, AS-2357
- 34 Bezirksamt Wolfach an Bürgermeisteramt Schiltach, 06.12.1921, StA Schiltach, AS-1856
- 35 Badisches Arbeitsministerium über Bezirksamt an Bürgermeisteramt Schiltach, 18.08.1923, StA Schiltach, AS-2357
- 36 Badisches Arbeitsministerium über Bezirksamt an Bürgermeisteramt Schiltach, 06.11.1923, StA Schiltach, AS-2357
- 37 Nachweisung über die Ausgaben für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge, Monat November 1923, 11.12.1923, StA Schiltach, AS-2357
- 38 Neben der staatlichen Preiskontrolle zahlreicher Nahrungs- und Heizmittel dämpfte vor allem die Mietpreisschreibung die Inflation ein wenig.
- 39 Petition der Hausbesitzer an den Gemeinderat Schiltach, 18.02.1923, StA Schiltach, AS-1028
- 40 Kreisrat Offenburg an Bürgermeisteramt Schiltach, 30.08.1923, StA Schiltach, AS-2145
- 41 Bezirksamt Wolfach an Bürgermeisteramt Schiltach, 26.10.1923, StA Schiltach, AS-2145
- 42 Bürgermeister Wolpert an Zuckerverteilungsstelle, 12.09.1923, StA Schiltach, AS-1737
- 43 Allgemeiner Freier Gewerkschaftsbund Schiltach an Bürgermeisteramt Schiltach, 06.09.1923, StA Schiltach, AS-1737. (Hervorhebung im Original)
- 44 Bezirksamt Wolfach an Bürgermeisteramt Schiltach, 27.08.1923, StA Schiltach, AS-1737
- 45 Protokoll der Preisprüfungs-Stelle, 01.10.1923, StA Schiltach, AS-1410
- 46 Der genaue Zeitpunkt des zwischenzeitlichen Verschwindens der Preisauszeichnungen in Schiltach ist nicht nachzuweisen.
- 47 Öffentlicher Aushang: Preisprüfungsstelle nach Gemeinderatsbeschluß neu besetzt, 17.10.1923, StA Schiltach, AS-1935
- 48 Bürgermeisteramt an Einzelhändler Schiltachs, 14.11.1923, StA Schiltach, AS-1935
- 49 Vgl. Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933, Bonn 2010, 170
- 50 Vgl. Bosch, Klaus: Das Notgeld der Stadt Ettenheim, in: Die Ortenau 67 (1987), 361–370; Breig, Franz: Dokumentation über das „Notgeld“ der Stadt Zell am Harmersbach und der Firma Georg Schmider gegen Ende der Inflation von 1914 bis 1923, in: Die Ortenau 86 (2006), 515–522
- 51 Badisches Innenministerium über Bezirksamt an Bürgermeisteramt Schiltach, 05.11.1922, StA Schiltach, AS-1823
- 52 Badisches Innenministerium über Bezirksamt an Bürgermeisteramt Schiltach, 22.08.1923, StA Schiltach, AS-1823
- 53 So hieß es auf der 100 Mark-Geldnote der Badischen Bank vom 1. Oktober 1902: „in baarem Gelde“. Ausgegeben wurde dieser Schein der Mannheimer Notenbank erstmals bereits im Januar 1874, somit vor der Vereinheitlichung der Rechtschreibung. Gültig blieben die Scheine bis zum Ende der Inflation 1923. Vgl. Rosenberg, Holger/Grabowski, Hans Ludwig: Die deutschen Banknoten ab 1871, 19. Aufl., Regenstauf 2013, 291 f.
- 54 Ausgegebenes Notgeld aus Schiltach, Verzeichnis 20.01.1924, StA Schiltach, AS-1823
- 55 Badisches Innenministerium über Bezirksamt an Bürgermeisteramt Schiltach, 24.11.1923, StA Schiltach, AS-1823
- 56 Bürgermeisteramt an Schiltacher Einzelhändler, 11.12.1923, StA Schiltach, AS-1823
- 57 Badisches Innenministerium an Bezirksamt Wolfach, 22.04.1924, StA Schiltach, AS-1153
- 58 Initiativbewerbung J. Hofmeier bei der Gemeinde Lehengericht, 11.07.1924, StA Schiltach, AL-101
- 59 Reichsfinanzministerium an Badische Regierung, 28.01.1924, StA Schiltach, AS-1096
- 60 Vgl. Tuchfabrikant Korndörfer an Gemeinderat Schiltach, 26.02.1924/21.11.1924/15.02.1926/26.02.1926, StA Schiltach, AS-1167
- 61 Bezirksamt Wolfach an Bürgermeisteramt Schiltach, 07.04.1924, StA Schiltach, AS-1306
- 62 Bezirksamt Wolfach an Bürgermeisteramt Schiltach, 16.04.1924, StA Schiltach, AS-1732a